

Antragssteller: Landesvorstand

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft möge beschließen:

A 4: Beteiligungsstrukturen für Jugendliche in Bremen ausbauen!

1 Kinder und Jugendliche lernen demokratische Prozesse am besten über Beteiligungsfor-
2 mate kennen. Gleichzeitig steigert das ihr Selbstwirksamkeitsgefühl. Außerdem fördert
3 eine Beteiligung von jungen Menschen ihre Bereitschaft, sich mit politischen Entscheidun-
4 gen und Parteien auseinanderzusetzen und wählen zu gehen.

5 Die Möglichkeiten und Angebote der offenen Jugendarbeit in Bremen sind vielfältig. In
6 diesem Antrag geht es hauptsächlich um die Beteiligung von Jugendlichen in den Stadttei-
7 len und der kommunalen Politik über Jugendverbände, insbesondere Jugendbeiräte und
8 -foren.

9 2022 erschien der erste Jugendbericht Bremens, der die vielfältigen Strukturen der Ju-
10 gendarbeit in Bremen zu bündeln und analysieren versucht. In diesem Bericht wird die
11 Möglichkeit politischer Partizipation für junge Menschen folgendermaßen bewertet: „Als
12 Ermöglichungsraum bietet Jugendverbandsarbeit daher die Chance sich abseits hierar-
13 chischer strukturierter Institutionen, wie der Familie oder Schule, entlang der satzungsg-
14 gemäßen Grundsätze der jeweiligen Jugendverbände, für die eigenen Belange und Inte-
15 ressen einzusetzen. Nicht umsonst werden sie daher als »Werkstätten der Demokratie«
16 bezeichnet. Als Raum der Erprobung von partizipativen und demokratischen Strukturen
17 und Praxen bieten sie jungen Menschen Erfahrungen der Selbstwirksamkeit und Chancen
18 zum Erlernen zivilgesellschaftlicher Kompetenzen. Jugendverbände sind damit ein tradi-
19 tionsreicher Raum der politischen Bildung und Teil der vielfältigen sozialen Infrastruktur
20 und des institutionellen Gefüge des Aufwachsens, die Qualifizierungs- aber auch Selbst-
21 positionierungs- und Verselbstständigungsprozesse ermöglichen.“ (Jugendbericht 2022,
22 S. 97)

23 Deutlich wird im Jugendbericht aber auch, dass die Angebote über die Stadtteile sehr un-
24 gleich verteilt sind, wobei die Anzahl gegensätzlich zur sozio-ökonomischen Struktur der
25 Stadtteile verläuft.

26 Jugendbeteiligung ist an verschiedenen Stellen in bremischen Gesetzen verankert. Die ele-
27 mentarste Grundlage bietet seit 2021 das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG). Es
28 bietet einen Rahmen zur umfassenden Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den
29 Stadtteilen und fordert Beiräte und Ortsämter zu Einbeziehung jugendlicher Interessen
30 auf, wobei dies auf einer sogenannten Soll-Bestimmung fußt, was eine gewisse Form der

31 Unverbindlichkeit birgt. Zusätzlich sind inzwischen auch die UN-Kinderrechte in Bremen
32 gesetzlich verankert, welche unter anderem das Recht auf Beteiligung an für Kinder und
33 Jugendliche relevanten Interessen beinhalten.

34 Trotz dieser und weiterer Maßnahmen, die in den letzten Jahren zur besseren Beteiligung
35 junger Menschen in Bremen getroffen wurden, sind die Strukturen in Bremen bisher für
36 viele undurchsichtig und ungleich verteilt. Derzeit gibt es in Bremen 6 Jugendbeiräte und
37 5 Jugendforen, die aber weitestgehend autonom arbeiten und wenig echte Beteiligung an
38 kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen erfahren. Aus diesem Grund fordern
39 übergreifende Organisationen wie der Bremer Jugendring, aber auch der Senat (in seiner
40 Antwort auf eine kleine Anfrage zum Thema Ende 2022) die strukturellere Förderung von
41 partizipativen Angeboten durch eine bessere finanzielle Ausgestaltung, personelle Res-
42 sourcen (in Form von Fachkräften, die die Jugendlichen in ihrer Arbeit hauptamtlich un-
43 terstützen, s. Punkt 3) und eine Erweiterung der Rechte in demokratischen Prozessen auf
44 kommunaler und Landesebene. Auch der Jugendbericht 2022 macht in seinen Handlungs-
45 empfehlungen deutlich, dass sowohl die Beteiligungsstrukturen als auch die Finanzierung
46 und Mittelvergaben für die Verbandsarbeit überarbeitet werden sollten. (S. 145f.)

47 Um zu einheitlichen Angeboten Bremen weit zu kommen und die Beteiligung von Kindern
48 und Jugendlichen gezielter fördern zu können, schlägt der Senat die Erstellung einer Ju-
49 gendbeteiligungsstrategie vor.

50 Wir fordern die zügige Erarbeitung einer solchen Strategie in Kooperation mit Akteuren,
51 wie den bisher bestehenden Jugendbeiräten und -foren, dem Bremer Jugendring, dem
52 Stadtjugendring Bremerhaven, dem Jugendparlament Bremerhaven und dem Lidicehaus.
53 Diese soll folgende Punkte beinhalten:

- 54 1. Echte Beteiligung muss gefördert werden. Jugendbeteiligungsformate (wie z.B. Ju-
55 gendbeiräte oder -foren) sollten in jedem Stadtteil in Bremen aufgebaut werden
56 und Rede- und Antragsrecht in den Ortsbeiräten erhalten. Nur so kann die Reprä-
57 sentation der Interessen junger Menschen wirklich sichergestellt werden. Damit
58 verbunden müssen Soll-Vorschriften zu Muss-Vorschriften umformuliert werden,
59 um eine ernstgemeinte Beteiligung junger Menschen im Stadtteil zu garantieren.
- 60 2. Wir fordern die Einführung eines Jugendchecks bei allen politischen Vorhaben in
61 Bremen - egal ob auf kommunaler Ebene in den Stadtteilen und in Bremerhaven
62 oder auf Landesebene. Einen solchen Jugendcheck gibt es bereits auf Bundes-
63 ebene. Durch ihn wird festgestellt, ob und inwieweit Kinder und Jugendliche von
64 Gesetzesvorhaben betroffen sind und wie sie beteiligt werden können. Für die Ein-
65 führung kann sich also an dem Jugendcheck der Bundesebene orientiert werden,
66 wie andere Bundesländer es auch bereits getan haben.
- 67 3. Es braucht eine bessere finanzielle Ausgestaltung der Jugendbeteiligung in den
68 Stadtteilen und auf Landesebene. Dazu gehört auch die Schaffung neuer Stellen für
69 hauptamtliche pädagogische Mitarbeitende in den Ortsämtern zur Unterstützung

70 und Betreuung der ein. Von jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren zu ver-
71 langen, sich komplett selbstständig zu organisieren ist zu viel verlangt, für Mitar-
72 beitende in den Ortsämtern ist die Betreuung solcher Jugendbeiräte oder -foren
73 aber zu viel Arbeit, um dies zusätzlich nebenbei angemessen leisten zu können.
74 Auch im Jugendbericht wird deutlich, dass die finanzielle Ausstattung von Jugend-
75 verbänden aus Sicht der Verbände nicht ausreichend ist (S. 109).

76 4. Mitsprache und Beteiligung soll auch auf städtischer Ebene ermöglicht werden. In
77 Bremerhaven passiert dies bereits im Rahmen eines Jugendparlamentes. Wir for-
78 dern die Einrichtung eines Jugendparlamentes auch auf stadtbremischer Ebene mit
79 entsprechendem Mitspracherecht (basierend auf dem Jugendcheck und den zu-
80 künftigen Rechten von Jugendbeiräten/-foren und anderen Beteiligungsformaten
81 in den Stadtteilen). Die Jugendparlamente sollen aus Delegierten der Schüler:in-
82 nenvertretungen, sowie der Jugendbeiräte/ -foren bestehen, aber auch die Mitar-
83 beit anderer Jugendlicher ermöglichen.

84 5. Engagement in Jugendbeiräten oder -foren sollte genauso anerkannt werden wie
85 SV-Arbeit: Die Freistellung in einzelnen Schulstunden für die Arbeit in Beteili-
86 gungsprojekten soll ermöglicht werden.

87 Es gibt Vorbehalte, dass die bisherigen Beteiligungsmöglichkeiten zu wenig genutzt
88 werden, als dass sich ein Ausbau dieser lohnen würde. Die Etablierung solcher Struk-
89 turen braucht Zeit. Mit strukturierteren und besser finanzierten Beteiligungsmöglich-
90 keiten wird sich auch die Beteiligung der Jugendlichen in den Quartieren steigern.